

P R e s s e

S P i e g e l

**Polen-Pressespiegel 23/2021** vom 10.06.2021

---

## Minister Czarnek wird uns stolze und katholische Jugend großziehen



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Von Adam Szostkiewicz

**A**nstelle der Pädagogik der Scham soll es eine Pädagogik des Stolzes in den polnischen Schulen geben. Und an den Universitäten soll es volle akademische Freiheit geben. Mit einem Wort, jetzt kommt die „konservative Konterrevolution“ im Bildungswesen. Und es geht um das, was die Kommunisten nach ihrer Machtübernahme wollten, die polnische Geschichte neu zu schreiben.

Sie wird geschrieben im Ministerium von Czarnek und Rzymkowski, am Institut für Nationales Gedenken unter dem Vorsitz von Nawrocki, an der Universität der Ordo Iuris, die die Kaderschmiede des national-katholischen Staates der PiS werden soll. Der Zweck dieser Operation in den Köpfen und Herzen der jungen Generation besteht darin, die historische Wahrheit durch historische Politik zu ersetzen.

Nach dem Jahr 1989 wurden die Geschichtsforschung und die Geschichtsschreibung für mehrere Jahrzehnte von der aktuellen Politik getrennt. Faszinierende freie Debatten fanden statt und durchdrangen weitere Kreise der Gesellschaft. Nun erwartet uns das Schmieden der Seelen, das Social Engineering von rechts und im Sinne der PiS. Das Gegenteil der Erziehung aus der Zeit der Volksrepublik, aber wieder manipulativ.

Es macht mir nichts aus, mehr Geschichtsunterricht an öffentlichen Schulen zu haben oder den Schwerpunkt auf das Unterrichten der jüngeren Geschichte zu legen. Es macht mir nichts aus, Latein oder

Griechisch in den Schulen und Hochschulen oder Unterricht über Zivilisation und klassische Literatur wiedereinzurichten. Aber ich bin gegen die Ideologisierung des Geschichtsunterrichts und der historischen Diskussionen.

Das Ziel des sowjetischen Engineerings der Seelen war es, einen „neuen Menschen und eine neue Gesellschaft“ hervorzubringen. Dies geschah, indem die historische Wahrheit über alle für das Regime schwierigen Themen blockiert wurde. Ziel der neuen Schmiede ist es, einen Polen zu formen, der im Sinn von PiS fühlt und denkt. Auch dies muss zur Manipulation der historischen Wahrheit führen.

Wer erinnert sich an den offenen Brief von Prof. Joanna Penson, einer Ärztin von Lech Wałęsa, an Jarosław Kaczyński? Darin forderte sie vor vier Jahren, die Verleumdungskampagne gegen den Arbeiterführer, den ersten Chef der NSZZ-„Solidarność“ und den Präsidenten des unabhängigen Polens einzustellen. „Indem Sie Wałęsa diffamieren, ihn von den Seiten der Geschichte entfernen, die Geschichte der Solidarität fälschen, schaden Sie Polen und säen Sie Zweifel an uns Polen. Ich habe viele Freunde in der Welt. Alle fragen mich, ob Polen verrückt sind? Warum zerstören sie ihre eigenen Autoritäten mit eigenen Händen, warum zerstören sie die internationale Position ihres Landes?“

Das bedeutet, die Geschichte neu zu schreiben. Politisch motiviert, ideologisch, die historische Wahrheit ignorierend. Zu diesem Zweck wurde eine „Pädagogik der Scham“ erdacht. Es gab sie niemals, es gab eine Debatte über Jedwabne, über das Pogrom in Kielce, über die Studentenproteste im März zur Verteidigung der Meinungsfreiheit und der historischen Wahrheit, über die Bücher von Jan Tomasz Gross, die Veröffentlichungen des Zentrums für die Erforschung der Vernichtung von Juden. Es gab Debatten über „Ogień“ und Łupaszka, über die NSZ [rechter und nationalistischer Untergrund], über die Operation „Weichsel“, ethnische Säuberungen an Ukrainern nach dem Krieg. Es gab Diskussionen über die Kirche und Johannes Paul II. im Zusammenhang mit Sexualverbrechen von Priestern und deren Vertuschung. Sollten wir uns der Errungenschaften unserer Historiker und der öffentlichen Debatte darüber schämen? Im Gegenteil, darauf können wir stolz sein. Wir können uns für diejenigen schämen, die nicht verstehen, dass historische Wahrheit keine historische Politik ist. Ein kritischer Umgang mit der Geschichte ist ein Beweis für Reife. Auf jeder Stufe der historischen Bildung gibt es verschiedene Formen, die an die Empfänger angepasst sind, aber die Geschichtswissenschaft sollte immer Gut und Böse in der Geschichte aufzeigen und analysieren. Erfolgsmechanismen und Misserfolgsmechanismen. Wege zum Erfolg und Wege zum Abstieg. So dass Schüler und Studenten die Fähigkeit entwickeln, kritisch zu denken und die Erfolgspropaganda nicht passiv zu schlucken.

Denn natürlich gibt es Dinge, auf die wir stolz sein können und gleichzeitig zu einer ehrlichen und sachlichen Diskussion darüber fähig sind: Freiheitsbestrebungen, KOR und die gesamte Unabhängigkeitsopposition, konziliarer Katholizismus, der sich der modernen Welt öffnet, der Runde Tisch, der friedliche Übergang zur Demokratie und zu einem vollständig souveränen Staat, das europäische Referendum, Rückkehr in die westliche Welt.

Wie werden sie in der neu geschriebenen Geschichte Polens dargestellt? Hoffentlich nicht so wie die Geschichte von Lech Wałęsa, die in dem Brief von Prof. Penson so treffend und bitter dargestellt wurde? Als etwas, für das man sich schämen muss? Eine solche Umwertung wäre in der Tat eine Pädagogik der Scham und eine Industrie der Verachtung, die historische Wahrheiten zu leicht verdaulichen Nährstoffen oder zu Gift für das Gehirn zermahlen würde.

**Zsfg.: JP**

<https://szostkiewicz.blog.polityka.pl/2021/06/01/minister-czarnek-wychowa-nam-mlodziez-dumna-i-katolicka/?nocheck=1>



www.mleczko.pl

Chefredakteur

Es ist nichts,  
ein ganz normaler alltäglicher Kampf  
um den Leser.

Übers.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

## Um Polen nach der PiS-Zeit zu gestalten, müssen wir eine Demokratie 2.0 vorschlagen. Durch die Einberufung einer Konstituante



Quelle: [oko.press](https://oko.press)

„Die Zeit, die uns nach PiS erwartet, ist eine ‚Gründungssituation‘. Wesentliches Ziel der demokratischen Opposition ist deshalb, eine völlig neue Formel für eine Demokratie 2.0 vorzuschlagen“, schreibt Prof. Bartłomiej Nowotarski, ein Verfassungsrechtler und Politikwissenschaftler.

Die polnischen Demokraten, egal welcher Couleur und welcher Gesinnung, ob parteiisch oder überparteilich, stehen bereits vor der Aufgabe, den polnischen Bürgern nicht nur die Vision der polnischen Demokratie für eine Zeit nach PiS und nach Corona zu präsentieren, sondern auch die Prozedur ihrer Umsetzung in Übereinstimmung mit den weltweiten und zivilisierten Standards des demokratischen Übergangs (sog. demokratische Transition).

### Von der Wahldiktatur zur...

Gleichzeitig, damit es nicht zu einfach wird, werden wir es nicht mehr mit dem uns aus den 90er Jahren bekannten Übergang zu tun haben, der dadurch gekennzeichnet war, dass wir uns von den Typen einer harten und brutalen Diktatur (damals kommunistisch) verabschiedet haben. Dieses Mal werden wir von einer anderen Kategorie der Autokratie, die heute „Wahldiktatur“ genannt wird, auf eine Form von konstitutioneller, liberaler oder post-liberaler Demokratie zusteuern. Und das wird einen deutlichen Unterschied machen. (...)

Ich werde mich hier nur auf einige wenige Punkte beziehen, darunter auch auf das Verfahren, das „Konstituante“ genannt wird, und zwar in Bezug auf die Texte von Ernest Skalski und Adam Szlapka zu diesem Thema. Beide Herren schrieben im April in der „Wyborcza“ über die Notwendigkeit des Konzepts

einer neuen polnischen Republik, einer erneuerten polnischen Demokratie nach den verheerenden Regierungen der sogenannten Vereinigten Rechten. (...)

In der extremsten Version bedeutet eine Konstituante einen Anfang überhaupt, oder jedenfalls einen Neuanfang, in Situationen, in denen die Macht zu ihren absoluten Wurzeln zurückkehrt, d.h. die Gesellschaft als Souverän. Dafür müssen die Bürgerinnen und Bürger in Form eines Referendums um ihre Zustimmung gebeten werden und es müssen Sonderwahlen durchgeführt werden. Dies ist in bestimmten Situationen verständlich: - beim Entstehen einer neuen Staatlichkeit, - im Falle einer postkolonialen Staatlichkeit und schließlich, wenn einem Land eine ausreichend legitimierte öffentliche Institution fehlt, um die Verfassung zu revidieren. Dann soll die Konstituante das einzige Vertretungsorgan sein und damit auch die Kontrolle über das Tagesgeschäft der Regierung übernehmen. Ansonsten kann es zu einem Konflikt zwischen den beiden Legitimationen zur Macht kommen: der Verfassung und dem traditionellen Parlament. (...)

Die Konstituante muss eine typisch „integrative“ Institution sein, sonst wird ihr Produkt (die Verfassung) in der Zukunft keine Verteidiger finden, sie bleibt nur „auf dem Papier“. Das ist das Letzte, was wir uns für eine neue, d.h. eine Post-PiS- und Post-Covid-Demokratie in Polen wünschen können. (...)

Komplizierter zu lösen ist allerdings das laufende Verhältnis der Konstituante zum Parlament. Das liegt daran, dass die Parlamente in den meisten Demokratien nicht die höchsten Werte bei den Wählern haben, nicht zuletzt wegen der schlechten Repräsentativität der politischen Parteien. (...) Normale Parlamente mit Parteien arbeiten nach dem Prinzip der Interessenbündelung, während es in einer Konstituante um Debatte und Beratung geht. Und eine Wahlhürde von 5 Prozent ist zu hoch, um von ausreichender Inklusion und Repräsentativität zu sprechen. Außerdem können die Bürger um unserer Zukunft willen nicht nur passive Berater von Verfassungsideen sein. Denn wie sollen sie sich sonst mit der neuen Republik identifizieren. (...) Der Sejm und der Senat werden per Gesetz die verfassungsgebende Versammlung ernennen und ihren sogenannten Fahrplan festlegen. Die Vertreter beider Kammern werden in den Unterausschüssen, die die Arbeit der zukünftigen verfassungsgebenden Versammlung organisieren, den Vorsitz führen und schließlich, in Übereinstimmung mit der Verfassung, über deren Vorschläge abstimmen. Und damit endet die dominante Rolle der Politiker.

### **Die Reparatur von 36 der von PiS beschädigten Artikel**

Inhaltlich sollte die verfassungsgebende Versammlung in gleichwertige Unterausschüsse aufgeteilt werden: Experten, zivilgesellschaftliche Organisationen, lokale Regierungen, bürgerliche Beratung und eine Zusammensetzung aus Politikern von parlamentarischen und nicht-parlamentarischen Parteien (z.B. mit einer Mindestunterstützung von 2%). Wichtig ist, dass die Debatten nur über Gesetzesentwürfe stattfinden, die von Experten auf Wunsch anderer Ausschüsse vorbereitet wurden. Die Experten selbst würden auch ein Projekt der Reparatur von 36 (wie ich gezählt habe) von der PiS gebrochenen Bestimmungen der gegenwärtigen Verfassung vorbereiten, was die Korrektur von etwa 15 weiteren erfordern wird. (Insgesamt sind es nur 15 Prozent der gesamten Verfassung). In dieser Konzeption werden die politische Welt, die professionelle und die sozial- und zivilgesellschaftliche Welt in der Diskussion zusammenkommen. Deshalb sollte es auch in der Konstituante einen Unterausschuss für Wahrheit und Wiedergutmachung geben, der die Wahrheit über die Rechtsverletzungen herausfindet und wie die Opfer dieser Rechtsverletzungen entschädigt werden können. (...)

### **Gründungssituation**

Ich ziehe es dezidiert vor, die Zeit, die uns nach PiS erwartet, eine „Gründungssituation“ zu nennen. Ziel des Projekts ist es nämlich, dass die demokratische Opposition eine neue Formel für die Demokratie 2.0 in ihrer Gesamtheit vorschlägt, die in der Lage sein wird, das Vertrauen nicht nur zurückzugewinnen, sondern auch grundsätzlich zu gewinnen: von Politikern, nicht-politischen Amtsträgern, aber vor allem von Bürgern als ihren zukünftigen Verteidigern. Alles nach dem Prinzip, dass eine gute Verfassung den Willen zu ihrer Verteidigung bilden kann. Ein wichtiger Schritt kann das Angebot besserer und neuer sogenannter „inklusive Institutionen“ sein, also emanzipatorischer, die die Wunschpakete der Polinnen und Polen realisieren. Es geht in erster Linie um wesentliche öffentliche Dienstleistungen: die Gesundheitsversorgung, Renten oder Bildung. Aber auch, und vielleicht vor allem, um inklusive politische Institutionen. Die

Institutionsgeschichte zeigt deutlich, dass sich die beiden Systeme der inklusiven Institutionen gegenseitig ergänzen und unterstützen. Besonders relevant sind hier alle parlamentsähnlichen Gremien, die in der Lage sind, unterschiedliche Bestrebungen in die öffentliche Debatte einzubringen.

Ich werde kurz über die beiden wichtigsten inklusiven Institutionen sprechen: die Justiz und den Zivilstaat.

### **Stärkung der Gerichte und Richter**

Ein Richter muss nicht nur unabhängig, professionell und verantwortungsbewusst sein; heute muss er auch reaktionsfähig sein, das heißt, er muss die öffentliche Meinung hören, verstehen und sogar darauf reagieren und sie formen. Ein unabhängiger und professioneller Richter ist nicht nur einer, der die Gesetzbücher kennt, sondern vor allem einer, der die sogenannte persönliche Integrität, also Mut und Prinzip, beweist. In vielen Ländern ist es die Prüfung dieser Charaktereigenschaften, die den Akt der Ernennung eines Richters dominiert. Rechenschaftspflicht und Reaktionsfähigkeit von Richtern können nicht von Politikern erzwungen werden, aber Richter sollten die Meinung der Bürger berücksichtigen. Eine Form der Beeinflussung durch die Bürger könnten allgemeine richterliche Bestätigungswahlen (auch bekannt als Retentionswahlen) sein. Eine andere Lösung könnte eine Art von fortschrittlichem richterlichem Aktivismus sein.

Ein fortschrittlicher Richter ist eine Institution, die streng inklusiv und nicht diskriminierend ist, weil sie zur sozialen Emanzipation bestimmter sozialer Gruppen beiträgt. Gerichte in den Vereinigten Staaten, Indien oder Kolumbien tun dies schon seit vielen Jahren und halten sogar eigene öffentliche Anhörungen in wichtigen oder schwebenden Verfahren ab, die auf den Sitzungslisten erscheinen. Auf diese Weise haben sie zur Entwicklung der Zivilgesellschaft in ihren Ländern beigetragen, indem sie zum Beispiel die Rechte ihrer Organisationen verteidigt haben.

Für mich gibt es keinen Zweifel: In der neuen, schwierigen Realität sollten die Richter viel offener für die Menschen sein, offener für den Geist als für die Buchstaben des Gesetzes.

### **Ein Staat der Bürger stark durch die Macht der Bürger**

In den letzten Jahren haben die Polinnen und Polen begonnen, ihre Ansichten zu wichtigen Fragen der Demokratie zu entwickeln. Dies wurde in einer Studie des in Oxford ansässigen Pew Centers aus dem Jahr 2020 (an einer signifikanten Stichprobe von 1.500 Personen, von Angesicht zu Angesicht) deutlich gezeigt. Auf die Frage, was sie als wichtigsten Wert ansehen, sagten sie: unabhängige und professionelle Gerichte (72 %), gleiche Geschlechterrechte (69 %) und an dritter Stelle freie und unabhängige Medien (64%). Noch wichtiger ist, dass es hier seit 2015 in allen drei Kategorien einen deutlichen Sprung nach oben gegeben hat - um 10 Prozent. (...)

### **Was ist mit Volksabstimmungen**

In Polen kann ein Referendum immer noch nur von der Regierung abgehalten werden. Nicht nur das muss sich ändern.

**Erstens** sollte in Zukunft das Vetorecht der Bürger bei Volksabstimmungen berücksichtigt werden, das Polen gegen verfassungswidrige Gesetze bzw. gegen solche Urteile des Verfassungsgerichtshofs schützen würde. So funktioniert es in der Schweiz und in Uruguay.

**Zweitens** könnten in polnischen Selbstverwaltungen zweite Kammern eingeführt werden (zunächst in Städten mit Kreisrechten). Diesmal nicht politisch besetzt, sondern zusammengesetzt aus ausgelosten und oft rotierenden überparteilichen Bürgern. Nicht nur der belgische Fall (Eupen) zeigt, dass dies zum Nutzen der Bürger getan werden kann.

Eine neue Demokratie muss nach neuen Potenzialen suchen. In erster Linie bei den Bürgern.

**Zsfg.: AV**

<https://oko.press/by-urzadzic-polske-po-pis-musimy-zaproponowac-demokracje-2-0-przez-powolanie-konstytuanty/>

## Die Ungleichheiten in Polen sind am stärksten seit 2015. Statistisches Zentralamt: Die Ärmeren werden immer mehr durch die Lebenshaltungskosten überfordert



Quelle: [oko.press](https://oko.press)

**D**as vergangene Jahr brachte laut einer Umfrage des Statistischen Zentralamtes einen beispiellosen Anstieg der Ungleichheit. Wir sind kurz davor, das Niveau von 2015 wieder zu erreichen. Enden die goldenen Zeiten der PiS-Herrschaft?

Wir haben den größten Anstieg der Ungleichheit in den letzten Jahren. Wir stehen kurz davor, wieder das Niveau von 2015 zu erreichen, als das Programm 500+ eingeführt wurde und die Ungleichheiten stark zurückgegangen sind. Solche Schlussfolgerungen lassen sich aus der jüngsten jährlichen Haushaltsbudgeterhebung des Statistischen Zentralamtes ziehen. Nach derselben Studie stellen wir fest, dass das durchschnittliche monatliche verfügbare Einkommen pro Person im Jahr 2020 um 2 % gestiegen ist. Wenn also das Einkommen der gesamten Bevölkerung gestiegen ist und die Ungleichheiten zunehmen, müssten die Ärmsten von der Krise am härtesten getroffen sein.

[...]

Das Statistische Zentralamt untersucht Ungleichheiten nicht erst seit 2004. Aber Prof. Michał Brzeziński, Forscher für Vermögens- und Einkommensungleichheiten an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der Universität Warschau, betont, dass längere Laufzeiten aufgrund der sich ändernden Methodik der Haushaltsbudgetforschung nicht vergleichbar sind. Und darauf basieren die Berechnungen des Gini-Koeffizienten.

[...]

„Per Definition bedeutet der Gini-Koeffizient [aktueller Koeffizient liegt bei 0,28, Anm. von OKO.press], dass, wenn wir ein zufälliges Einkommenspaar in der Gesellschaft nehmen, es durch das Medianeinkommen dividieren und es schließlich in den Bereich von null bis eins setzen, können wir erwarten, dass es 28 Prozent beträgt. Gini wird auf der Grundlage des Einkommensunterschieds zwischen allen in der Gesellschaft berechnet. Das ist das Einkommen nach Steuern und Sozialabgaben.“

Ist eine so spürbare Zunahme der Ungleichheit ein einmaliger Effekt der Pandemie oder ein Trend?

„Das ist schwer zu sagen. Im Allgemeinen sind die Schätzungen des Statistischen Zentralamtes stark verzerrt und unterschätzt“, erinnert Prof. Brzeziński. „Es ist schwer zu sagen, wie sich das ‚reale‘ Niveau der Ungleichheit in Polen tatsächlich verhalten hat. Es ist möglich, dass es gestiegen ist, weil die Einkommen der Menschen mit den höchsten Einkommen (Menschen, die an der Börse oder in Immobilien investieren, oder vermögende Unternehmer) gestiegen sein könnten, und andererseits haben staatliche Überbrückungshilfen wahrscheinlich nicht alle Menschen mit relativ geringem Einkommen geschützt.“

Bedeutet der Anstieg in einem Pandemiejahr, dass die polnische Hilfe für Arbeitnehmer und Unternehmen unzureichend oder unüberlegt war?

Prof. Brzeziński: „Vielleicht, aber ohne eingehende Datenanalysen sind das vorerst reine Spekulationen. Dies könnte auch darauf zurückzuführen sein, was IBS-Analysen gezeigt haben, dass einige Arbeitnehmer in die Landwirtschaft abgewandert sind, wo Löhne und Einkommen niedriger sind als in anderen Sektoren. Es könnte auch sein, dass die Beihilfen richtig eingesetzt wurden und die beobachtete Zunahme der Ungleichheit (sofern vorhanden) auf den raschen Anstieg der Einkommen der meisten Unternehmer (Unternehmensgewinne im Allgemeinen schienen gut) und Personen mit beträchtlichen Kapitaleinkommen (Börse, Immobilien) zurückzuführen war.“

[...]

Es wird viel darüber gesprochen, dass die Einkommensungleichheit nach 1989 drastisch zugenommen hat. Dr. Paweł Bukowski, ein Ungleichheitsforscher von der London School of Economics, schrieb 2018: „Nach dem Fall des Kommunismus ist die Ungleichheit neben dem Anstieg des Medianeinkommens signifikant und stetig gestiegen. Heute gehen mehr als 13 Prozent des Gesamteinkommens an ein Prozent der Reichsten. Die Früchte des Wirtschaftswachstums im Zeitraum zwischen 1989 und 2015 gingen an diese Gruppe doppelt so stark wie an die 50 Prozent der Ärmsten.“

Wenn wir uns die Länder mit den höchsten und niedrigsten Gini-Koeffizienten ansehen, dann haben wir an beiden Enden dieses Spektrums Länder mit Erfahrung in der postkommunistischen Transformation. Die niedrigste Einkommensschichtung ist in der Slowakei (22,8), Slowenien (23,9) und in der Tschechischen Republik (24). Die höchste in Bulgarien (40,8) und in Rumänien (34,8). In gewisser Weise ist es ein Maß, wie stark die Menschen allein gelassen werden. Bei unseren südlichen Nachbarn war die Betonung der sozialen Sicherheit während der Transformation stärker. Bulgarien und Rumänien waren und sind ärmer als Polen, Marktveränderungen haben die Gesellschaft stärker geschichtet.

Auf der anderen Seite sind dies zwei Länder, die dem Eurostat bereits Daten für 2020 melden. Und in beiden haben wir deutliche Rückgänge dieser Quote (in Bulgarien um 0,8 Punkte, in Rumänien um einen Punkt). Die Methodik des Statistischen Zentralamtes und des Eurostats unterscheidet sich geringfügig, daher müssen wir auf Daten aus den übrigen Ländern, einschließlich Polens, warten, um genau vergleichen zu können, wie sich das Pandemiejahr auf sie ausgewirkt hat.

Auch die gesellschaftliche Wahrnehmung dieser Unterschiede ist wichtig. Die gesellschaftliche Wahrnehmung der Ungleichheit wurde das letzte Mal 2018 vom Statistischen Zentralamt untersucht. Sogar 87 Prozent der Befragten antworteten damals, dass „die Einkommensunterschiede in Polen zu groß sind“. Es war aber ein niedrigeres Ergebnis als 2015, als 90 Prozent mit „Ja“ antworteten.

[...]

Kommen wir nun zurück zum Einkommen des am wenigsten wohlhabenden Teils der Gesellschaft. Am Anfang schrieben wir, dass die Einkommen der Polen im Allgemeinen gestiegen seien, aber die Ungleichheiten hätten zugenommen. Was auf den ersten Blick paradox erscheinen mag, sollte gerade durch Anschauen des Einkommens der Ärmsten beantwortet werden.

[...]

Jeden Monat geben sie bis zu 126,5 Prozent ihres Einkommens aus. Sie leben also auf Kredit. Insofern ist es deutlich schlechter als im Jahr 2019 mit 112,6 Prozent. 2017 waren es nur 106 Prozent, und so schlimm wie 2020 war es seit 2014 nicht. Damals, wie wir uns gut erinnern, kam eine politische Wende, und im folgenden Jahr gewann die Partei die Wahl, die den Ärmsten materielle Unterstützung versprach. Und es ist weitgehend gelungen. Die neuesten Daten des Zentralen Statistikamtes können darauf hinweisen, dass dieser Effekt gerade beendet ist.

**Zsfg.: MB**

<https://oko.press/gus-niezamozni-coraz-bardziej-przygniecenikosztami-zycia/>

## Kaczyński unterzeichnete einen Kooperationsvertrag mit Kukiz. „Wir werden das Konjunkturpaket, die sogenannte *Polnische Ordnung* unterstützen“



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Hinter verschlossenen Türen unterzeichnete die PiS einen Programmkooperationsvertrag mit der aus vier Abgeordneten bestehenden [oppositionellen] Gruppe des [Rockmusikers] Paweł Kukiz. Die inoffiziellen Informationen von PAP wurden vom Chefunterhändler von Kukiz, dem Abgeordneten Jarosław Sachajko, bestätigt.

Der Vertrag ist das Ergebnis von mehrwöchigen Gesprächen. Mitte Mai teilte uns der Abgeordnete von Kukiz'15 mit, dass das Abkommen innerhalb von vierzehn Tagen unterzeichnet werden würde. So sei es tatsächlich auch gekommen. Details wurden nicht veröffentlicht. Nach unseren Informationen betrifft der Vertrag mindestens zwanzig Gesetzesentwürfe.

„Wir werden kein weiterer Koalitionspartner von PiS sein. Wir werden die *Polnische Ordnung* unterstützen“, sagt Jarosław Sachajko im Interview mit „Gazeta Wyborcza“. Er sagte auch, dass Paweł Kukiz genau weiß, was in dem Dokument steht. Er verhandelte heute über eine Vereinbarung. Die Gespräche wurden länger als gedacht. Vielleicht deshalb hielt sich der Chef der PiS-Fraktion zurück.

„Künstler haben ihren eigenen Arbeitsrhythmus. Wir sind auf dem Weg zu einer weitreichenden Zusammenarbeit“, sagte Ryszard Terlecki. Ein paar Augenblicke später tauchten inoffizielle Informationen auf, dass die Allianz gerade besiegelt wurde. Die Abgeordneten von Kukiz erfuhren die Inhalte der *Polnischen Ordnung* einen Tag vor ihrer Bekanntgabe. Die PiS hat zugesagt, das Antikorruptionsgesetz zu unterstützen.

Dem Gesetz zufolge dürfen wegen Korruption verurteilte Personen nicht in staatlichen und kommunalen Einrichtungen sowie in Unternehmen unter Beteiligung der Staatskasse und der Kommunalverwaltung beschäftigt werden. Ihnen wird auch das passive Wahlrecht entzogen. Zuvor wurden Gespräche über die Friedensrichter vorangetrieben. Doch die PiS war gegenüber dem gemischten Modell von Wahlordnung skeptisch.

## **Was steht im Programmkooperationsvertrag zwischen PiS und Kukiz'15?**

Gegenstand der Verhandlungen war auch eine Urheberrechtsabgabe. Das Gesetz über die Rechte der professionellen Künstlerinnen und Künstler soll Autoren mit geringeren Einkommen unterstützen, Krankenversicherungen und Rentenansprüche ermöglichen. Die Kosten sollen durch die sogenannte Urheberrechtsabgabe gedeckt werden. Dieser Vorschlag löste viele Kontroversen aus. „Ich weiß nicht, ob der Vertrag diese Idee beinhaltet. Ich stehe ihr ziemlich kritisch gegenüber. Es gibt viele Gruppen, die Hilfe brauchen, nicht nur Künstler“, sagte uns Sachajko.

Gespräche mit Kukiz gehörten von Anfang an zur „PiS-Versicherungspolice“. „Wir wollen Sicherheit für den Fall, dass die Koalitionspartner wieder den Kopf erheben und uns erpressen“, hören wir vom Regierungspolitiker. Dies ist ein Problem für Gowin. Vor einigen Wochen kündigte [seine Partei] *Porozumienie* an, dass sie jederzeit ihren Kooperationsvertrag mit Kukiz unterzeichnen würde. Es ist nicht passiert. Kaczyński erklärte, als er kürzlich nach der Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Kukiz gefragt wurde, dass er selbst den Musiker „persönlich sehr mochte“. „Einmal sagte er mir sogar nach einem langen Abendessen und nach ein paar Gläser, dass ich schön singe. Damit hat er meine Sympathie voll und ganz gewonnen“, sagte Kaczyński in einem Interview für das Wochenmagazin „Sieci“.

**Zsfg.: MB**

<https://wyborcza.pl/7,82983,27136021,pogodzil-opozycje-sklocil-koalicje-kim-jest-dr-wiacek.html#S.DT-K.C-B.1-L.1.duzy>

## Die Stiftung Równorodność [Gleichstellung] gegen Diskriminierung von LGBTQ+-Menschen in Polen



Quelle: [vogue.pl](http://vogue.pl)

„Wir können gewinnen. Gemeinsam“ ist das Motto der Stiftung Equaversity / Równorodność, die sich gegen Diskriminierung einsetzt und die LGBTQ+-Community in Polen unterstützt. Die Botschafterinnen sind unter anderem Olga Tokarczuk, Agnieszka Holland und Anja Rubik.

Die schwierige Situation von LGBTQ+-Menschen in Polen erfordert spezifische Maßnahmen. Die Stiftung Equaversity / Równorodność, deren Mitglieder die Filmregisseurinnen Agnieszka Holland und Kasia Adamik, die Nobelpreisträgerin Olga Tokarczuk, Model und Aktivistin Anja Rubik, die Sängerin und Komponistin Mary Komasa sowie der TV-Star und Koch Antoni Porowski sind, werden sich gegen die Intoleranz stellen. Botschafter aus der ganzen Welt werden helfen, Gelder zu sammeln, die in Form von Zuschüssen an Stiftungen, Verbände und Initiativen gehen werden, die den LGBTQ+-Menschen in Polen helfen.

„Verfassungsmäßige Rechte, die der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen zugrunde liegen, werden jeden Tag verletzt. Die Behörden verbergen ihre Feindseligkeit gegenüber der LGBTQ+-Community in Polen nicht. Der Kampf gegen die ‚LGBT+-Ideologie‘ ist zum Hauptthema des Wiederwahlkampfes des polnischen Präsidenten geworden. Es wird direkt von einzelnen Ministern der Regierung der Vereinigten Rechten bekämpft, sowie durch das Vorgehen der Gerichte und der Polizei“, lesen wir auf der Website der Stiftung. „Wir hoffen, als Dachorganisation zu fungieren und unsere erkennbaren Botschafter und Vorstandsmitglieder zu nutzen, um das Bewusstsein zu verbreiten und Gelder im Ausland zu sammeln (...) Wir haben keine Zeit mehr. Wir müssen handeln. Aber wir sind nicht auf einer verlorenen Position. Wir können gewinnen. Gemeinsam“, heißt es in der Erklärung.

Weitere Informationen zu den Aktivitäten der Stiftung Equaversity / Równorodność unter [www.equaversity.org](http://www.equaversity.org) und auf den Profilen der Organisation in den sozialen Medien.

Zsfg.: JP

## Die Märchen der Frau Marschallin



Quelle: [polityka.pl](https://polityka.pl)

*Ein Kommentar von Daniel Passent*

**W**as für ein Zufall! Am Nachmittag des Mittwochs, 2. Juni, kehrten meine Frau und ich von einem mehrtägigen Ausflug aus Berlin zurück. Es war unsere erste Reise nach der Pandemie. Nach unserer Rückkehr sah ich Marschallin Witek im Fernsehen schwafeln (offiziell ist sie die zweite Person im Staat).

Sie sprach darüber, wie schrecklich es im Westen sei. „Vielleicht solltet ihr Journalisten mehr zeigen, wie es im Westen ist, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert“, ermutigte sie. Ausgangssperre, Soldaten (wir vermuten Deutsche) mit Gewehren (und andere Scheußlichkeiten) auf den Straßen. Frau Marschall hat eine Bekannte, die in Deutschland lebt und ihr schreckliche Dinge erzählt hat. Erst als diese Freundin nach Polen kam, rieb sie sich verwundert die Augen: „Endlich habe ich das Gefühl, dass ich in einem normalen Land bin“, sagte sie.

Nun, ich verließ Berlin nach ein paar Tagen Aufenthalt. Ich habe also die gleiche Realität gesehen, von der die Marschallin des polnischen Sejms spricht. Ich erkläre hiermit, dass ich in meinen Lieblingsbezirken Charlottenburg und Wilmersdorf keinen einzigen Soldaten gesehen habe, geschweige denn einen mit Gewehr, ein Anblick, an den ich mich noch gut aus der Besatzungszeit erinnere, als Frau Witek (ich lasse hier ein paar Worte aus) noch gar nicht geboren war.

Ich patrouillierte zu Fuß (um besser sehen zu können) zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten durch die mir wohlbekannte Gegend - unter anderem die Hauptstraße Kurfürstendamm, Schlüterstraße, wo ich in der Nummer 42 wohnte, auch die schöne Fasanenstraße, Bundesallee, Uhlandstraße, ein reizender Platz in der Nähe einer Kirche. Voller Kinder und Gäste im Garten der nahegelegenen Gaststätte Weyers, auch die

Güntzelstraße, wo Marcel Reich-Ranicki vor dem Krieg wohnte. Ich spazierte um den Prager Platz mit seinem aktiven Springbrunnen und den gepflegten Pflanzen. Ich habe sogar einen Blick auf den „Sanitärknotenpunkt“ (ein Lieblingsausdruck von Michał Radowski, einem der Gründer und Kolumnisten von „Polityka“) geworfen, um zu sehen, ob sich dort die Bundeswehr versteckt. Während dieser Zeit suchte meine liebe Frau einige Geschäfte auf, wo sie gegen ihren Willen und ihre Natur, aber in gutem Glauben, ein paar Einkäufe tätigte, indem sie sich als Kundin ausgab. Was tut man nicht alles für sein Heimatland! Und man hat nur ein Heimatland (Quittungen liegen bei).

Tatsache ist, dass das Regime unmenschlich ist. Und hier stimme ich der Marschallin zu. Um in einem Geschäft, Café oder Restaurant bedient zu werden, müssen wir, bevor wir unser erstes Bier bestellen, ein Testergebnis oder einen Impfpass vorlegen. Das ist einfach unverschämt. Es ist offensichtlich, dass sie sich nicht um das Virus kümmern, sie wollen nur einen Vorwand, um jedermanns Ausweis zu überprüfen und alles über jeden wissen. Dafür ist das System da, das Deutschland (was für eine Ironie des Schicksals!) in Israel gekauft hat.

Eine solche Kennkarte kenne ich noch aus meiner Kindheit. Ich habe auf dem Lande gelebt. Wir haben mit dem Sohn des Bauern im Sand gespielt. Ein Erwachsener aus dem Haus ist zu uns gekommen und hat uns irgendein Dokument überreicht. „Ihr könnt damit spielen, um es alt und verbraucht aussehen zu lassen, aber ihr dürft es nicht zerreißen.“ Wenn ich heute daran denke, denke ich, dass ich in der Widerstandsbewegung aktiv war, als Mateusz Morawiecki noch nicht auf der Welt war.

Das Ergebnis all dieser Witek-Tests, die ich bei den Deutschen angewendet habe, war negativ. Wir haben keine Bundeswehr mit Karabinern gesehen, keinen einzigen Soldaten in Uniform oder mit einem Gewehr, obwohl ich schon als Kind ein scharfes Auge für sie hatte. Keine positiven Ergebnisse. Wie ich die Deutschen kenne, hätten sie auch in Zivilkleidung sein können, aber wir haben uns nicht dazu entschlossen, direkten Zwang anzuwenden, um sie auszuziehen.

Im Bericht über die Erkundungsmission nach Berlin (und zurück) stelle ich im Bewusstsein meiner strafrechtlichen Verantwortung fest, dass Marschallin Witek in ihrem Gespräch mit Journalisten die Wahrheit völlig falsch dargestellt hat. Sie verbreitete wissentlich falsche Informationen, Fake News, was einer zweiten Person in diesem Staat nicht angemessen ist. Unmittelbar nach ihr wurde Premierminister Morawiecki gezeigt, wie er sich über Politiker und (einige...) westliche Medien beschwerte, die uns Unrecht tun. „Die Bundeswehr, der Westen ist an allem schuld“ und der Osten stört uns nicht. Woher kennen wir das? Die Kommune kommt zurück, obwohl sie es selbst nicht merkt.

**Zsfg.: AV**

<https://passent.blog.polityka.pl/2021/06/03/bajeczki-pani-marszalek/?nocheck=1>

## ZITAT DER WOCHE



Quelle: [wyborcza.pl](https://wyborcza.pl)

„In unserem Land kann man im Vergleich zu Deutschland wirklich viel machen. Dort kann man nicht ohne Termin in ein Geschäft oder zum Friseur gehen. In den Straßen laufen Soldaten bewaffnet mit Gewehren.“

**Elżbieta Witek** - polnische Sejmmarschallin, kommentiert die Proteste gegen die Coronamaßnahmen.

Quelle: <https://wyborcza.pl/7,82983,27157930,zakaz-zgromadzen-marszalek-witek-w-niemczech-na-ulicach-chodza.html>

## **sueddeutsche.de**

Die Samthandschuhe ausziehen

<https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-kommission-rechtsstaat-polen-ungarn-von-der-leyen-ultimatum-1.5311751>

---

## **zdf.de**

In Gefahr: Freie Medien in Polen

<https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/in-gefahr-freie-medien-in-polen-100.html>

---

## **berliner-zeitung.de**

Polen: Diese Lockerungen gelten ab Sonntag

<https://www.berliner-zeitung.de/news/polen-diese-lockerungen-gelten-ab-sonntag-li.162765>

---

## **zdf.de**

Polen und die Rechtsstaatlichkeit

<https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal-update/polen-und-die-rechtsstaatlichkeit-100.html>

---

## **forumdialog.eu**

Deutsch-polnisches Kulturleben ein Jahr nach Corona

<https://forumdialog.eu/2021/05/28/deutsch-polnisches-kulturleben-ein-jahr-nach-corona/>

## **DEKODER auf Deutsch**

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

## **DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas**

<https://forumdialog.eu/>

## **POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung**

<http://www.polen-und-wir.de/>

## **REDAKTION:**

[kontakt@mitte21.org](mailto:kontakt@mitte21.org)

Małgorzata Burek | Jerzy Paetzold  
Christel Storch-Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik